

**Höchstspannungsleitung
Osterath – Philippsburg; Gleichstrom
Vorhaben gemäß Nr. 2 der Anlage zu
§ 1 Abs. 1 BBPlG ("Ultraset")
Hochspannungs-Gleichstrom-Übertragungstechnik
(HGÜ)**

**Hier: Unterlagen gemäß § 21 NABEG für das
Planfeststellungsverfahren für den Abschnitt
Osterath - Rommerskirchen**

Register 24

**Kommunale Bauleitplanung und
städtebauliche Belange**

Auftraggeber

**Amprion GmbH
Dortmund**

September 2023

Vorhabenträgerin:

Amprion GmbH

Robert-Schuman-Str. 7
44263 Dortmund

Ansprechpartnerin:

Franziska Schnepfer
Netzprojekte
Gleichstrom-Netzprojekte Ultramet
Info-Hotline: 0800 – 5895 2473
E-Mail: ultramet@amprion.net

Gutachterbüro:

Institut für Landschaftsentwicklung
und Stadtplanung (ILS Essen GmbH)
Frankenstr. 332
45133 Essen

Bearbeitung:

M. Sc. Landschaftswiss. Annika Bast
Dipl.-Ökol. Gudrun Christiansen
M. Sc. Biodiv. u. Ökol. Antje Kieburg
Dipl.-Umweltwiss. Judith Schonnefeld
Dipl.-Ing. Joachim Weiland

Inhaltsverzeichnis

1	Einführung	5
1.1	Ausgangslage.....	5
1.2	Zielsetzung	5
1.3	Rechtliche Grundlagen	5
1.4	Weitere technische Grundlagen.....	6
2	Analyse des Vorhabens im Hinblick auf Kommunale Bauleitungen und städtebauliche Belange.....	7
2.1	Kurzbeschreibung des Vorhabens	7
2.2	Beschreibung und Beurteilung des derzeitigen Zustandes	8
2.3	Potenzielle Konflikte des Vorhabens mit der Bauleitplanung.....	10
2.3.1	Ausweisung von neuen Wohnbauflächen (FNP-Änderungen / B-Plan-Verfahren)	11
2.3.2	Ausweisung von Windenergiekonzentrationszonen (FNP / FNP-Änderungen)	13
2.3.2.1	FNP der Kreisstadt Bergheim (rechtskräftig).....	13
2.3.2.2	27. FNP-Änderung der Stadt Grevenbroich (im Verfahren).....	14
2.3.2.3	47. Änderung des FNP der Gemeinde Rommerskirchen (im Verfahren).....	15
2.3.2.4	Flächennutzungsplan Nr. 20.0 der Stadt Pulheim (Änderung im Verfahren)	17
2.3.3	Abgrabungskonzentrationszonen für Kiese und Sande.....	19
2.3.4	§§ 34/35 BauGB (Innen-/Außenbereich):.....	19
2.3.5	Sonstige Satzungen nach BauGB:.....	19
2.3.6	Sonstige städtebauliche Planungen:.....	20
3	Literatur	21

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1:	Stadt Neuss – Geltungsbereich B-Plan Nr. 473 „Hoisten, Schluchenhausstraße“ (FNP-Änderung Nr. 133)	12
Abbildung 2:	Stadt Grevenbroich – Geltungsbereich der 33. Änderung des FNP	13
Abbildung 3:	Ausschnitt aus dem FNP der Kreisstadt Bergheim (rechtskräftig)	14
Abbildung 4:	Teilfläche 2 der 27. FNP-Änderung der Stadt Grevenbroich (im Verfahren).....	15
Abbildung 5:	Fläche 3 „Butzheim“ der 47. Änderung des FNP der Gemeinde Rommerskirchen (im Verfahren).....	16
Abbildung 6:	Ausschnitt Fläche 4 „Gill“ der 47. Änderung des FNP der Gemeinde Rommerskirchen (im Verfahren).....	17
Abbildung 7:	Ausschnitt aus dem Flächennutzungsplan Nr. 20.0 der Stadt Pulheim (Änderung im Verfahren)	18

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1:	Städte, Gemeinden und Landkreise im geplanten Trassenverlauf	7
Tabelle 2:	Abgerufene Links der Geoportale der Städte und Gemeinden	8
Tabelle 3:	Übersicht der Abfrage der Städte und Gemeinden bzgl. aktueller Flächennutzungs-pläne und Bebauungspläne	9
Tabelle 4:	Städte und Gemeinden entlang der Trasse mit Wohnsiedlungsflächen (Wohnbaufläche, Flächen gemischter Nutzung) im Innenbereich	10

1 Einführung

1.1 Ausgangslage

Innerhalb des verfahrensgegenständlichen Abschnitts „Osterath - Rommerskirchen“ nutzt das Vorhaben überwiegend bestehende Leitungstrassen. In bestehender Trasse werden ein Mast neu gebaut, zwei Masten ersetzt (jeweils Mastersatzneubau und -rückbau) sowie 19 Masten erhöht. Für die Anbindung des Konverters an den NVP (Netzverknüpfungspunkt) ist der Neubau einer 380-kV-Höchstspannungsfreileitung UA Osterath – Konverter Meerbusch (Bl. 4688), zwischen UA Osterath und Konverter erforderlich (Masten 1-3, Länge ca. 0,7 km). Die Konverterstation Meerbusch selbst ist nicht Gegenstand des antragsgegenständlichen Vorhabens. Ganz im Süden der Leitungstrasse werden zur Umgehung der UA Rommerskirchen zwei Maste mit Spannfeld neu errichtet (Mast 29A und 29B der Bl. 4207; Länge ca. 0,4 km).

Die für die Bauphase erforderlichen Provisorien, 110-kV- und 220-kV-Baueinsatzkabel, sind Bestandteil des beantragten Vorhabens. Diese werden zur Gewährleistung der Versorgungssicherheit kreuzender Freileitungen während der Beseilung der Maste der Bl. 4688 erforderlich.

Mit der Umsetzung des Vorhabens sind im gegenständlichen Abschnitt „Osterath- Rommerskirchen“ keine notwendigen Folgemaßnahmen an anderen Anlagen i. S. v. § 75 Abs. 1 Satz 1 VwVfG verbunden.

Im Folgenden werden die kommunale Bauleitplanung und die städtebaulichen Belange der Gemeinden und Städte entlang der Trasse betrachtet.

1.2 Zielsetzung

Ziel der folgenden Betrachtung ist zu ermitteln, ob und inwieweit durch das Vorhaben Konflikte mit Flächennutzungsplänen und Bebauungsplänen ausgelöst werden können. In diesem Zusammenhang werden alle relevanten kommunalen Planungen nach erster Offenlegung ermittelt und betrachtet. Es wird darauf eingegangen, inwieweit städtebauliche Belange vom Vorhaben betroffen sind.

Dabei wird insbesondere folgendes berücksichtigt:

- §§ 34 und 35 BauGB (Innen-/Außenbereich)
- Sonstige Satzungen nach BauGB
- Sonstige städtebauliche Planungen

Darüber hinaus wird dargelegt, inwieweit durch das Vorhaben wesentliche Teile eines Gemeindegebietes einer durchsetzbaren gemeindlichen Planung entzogen oder kommunale Einrichtungen erheblich beeinträchtigt werden.

1.3 Rechtliche Grundlagen

Gemäß § 38 S. 1 BauGB sind städtebauliche Belange bei Planfeststellungen für Vorhaben mit überörtlicher Bedeutung im Rahmen der Abwägung zu berücksichtigen. § 18 Abs. 4 S. 7 NABEG stellt dies klar. Damit sind städtebauliche Belange nicht als striktes Recht zu beachten, sondern können auch im Einzelfall im Rahmen der Abwägung überwunden werden.

Gemäß LEP NRW (Fassung vom 06.08.2019) sind neue Höchstspannungsfreileitungen auf neuen Trassen so zu planen, dass ein Abstand von 400 m zu Wohngebäuden im Innenbereich und von 200 m zu Wohngebäuden im Außenbereich eingehalten wird. Diese Regelung gilt jedoch nicht für Bestandsleitungen und –trassen.

Gemäß § 15 Abs. 1 S. 2 NABEG haben Bundesfachplanungen grundsätzlich Vorrang vor nachfolgenden Planungen, insbesondere Landesplanungen und Bauleitplanungen.

1.4 Weitere technische Grundlagen

In Hinblick auf den Abstand von Windenergieanlagen (WEA) zu Freileitungen wird Folgendes zugrunde gelegt:

Von der Deutschen Elektrotechnischen Kommission in DIN und VDE ist vom Komitee „Freileitungen“ ein ausreichender spannungsabhängiger Sicherheitsabstand zwischen Freileitung und Rotorblattspitze festgelegt worden. Dieser wird berechnet zwischen dem äußersten Leiterseil der Freileitung und der Turmachse der WEA.

Für Freileitungen mit einer Spannungsebene über 110-kV gilt:

Abstand = $0,5 \times \text{Rotordurchmesser} + 30 \text{ m}$ (spannungsabhängiger Sicherheitsabstand) + Arbeitsraum für den Montagekran.

Liegen keine Angaben zum Arbeitsraum vor, wird folgender Abstand vorgegeben:

Abstand = Nabenhöhe WEA + 25 m + 30 m (spannungsabhängiger Sicherheitsabstand)

Sofern Kranstellfläche und Montagefläche auf der leitungsabgewandten Seite der WEA liegen, kann der Wert für den Arbeitsraum 0 m betragen.

Grundsätzlich gilt, dass zu keinem Zeitpunkt beim Bau und Betrieb der WEA Anlagenteile in den Schutzstreifen der Freileitung hineinragen dürfen.

Bei einem geringen Abstand kann die von den Rotorblättern verursachte Windströmung die Leiterseile der Leitung in Schwingungen versetzen und damit mechanische Schäden an den Seilen verursachen. Bis zu einem Abstand vom Dreifachen des Rotordurchmessers zwischen dem äußersten Leiterseil der Freileitung und dem Mittelpunkt der WEA ist der Bedarf von Schwingschutzmaßnahmen an der Freileitung zu prüfen.

Diese Festlegungen sind in die Bestimmungen der gültigen DIN EN 50341-2-4 eingeflossen.

Auch der Windenergieerlass NRW legt als Mindeststandard die Freihaltung des Schutzstreifens zugrunde und empfiehlt darüber hinaus den technischen Standard der DIN EN 50341-2-4 heranzuziehen.

2 Analyse des Vorhabens im Hinblick auf Kommunale Bauleitungen und städtebauliche Belange

2.1 Kurzbeschreibung des Vorhabens

Der verfahrensgegenständliche Abschnitt hat eine Länge von ca. 29,5 km und verläuft in Nord-Süd-Richtung beginnend an der Umspannanlage (UA) Osterath westlich der Stadt Meerbusch bis auf Höhe der UA Rommerskirchen südlich der Gemeinde Rommerskirchen. Die Trasse verläuft (im Zuge vorhandener Bestandsleitungen) durch die Landkreise Rhein-Kreis Neuss und Rhein-Erft-Kreis (NRW) im Bereich folgender Städte/Gemeinden:

Tabelle 1: Städte, Gemeinden und Landkreise im geplanten Trassenverlauf

Bundesland	Kreis	Stadt / Gemeinde
Nordrhein-Westfalen	Rhein-Kreis-Neuss	Stadt Meerbusch Stadt Kaarst Stadt Neuss Stadt Grevenbroich Stadt Dormagen Gemeinde Rommerskirchen
Nordrhein-Westfalen	Rhein-Erft-Kreis	Stadt Pulheim Stadt Bergheim

Der ca. 0,7 km Neubauabschnitt von der UA Osterath bis zum geplanten Konverter Meerbusch verläuft im Bereich der Stadt Meerbusch. Der ca. 0,4 km Neubauabschnitt östlich der UA Rommerskirchen liegt auf dem Gebiet der Stadt Bergheim.

Das Stadtgebiet der Stadt Willich (zu Kreis Viersen, NRW) reicht westlich von Mast 250 der Bl.4588 mit geringem Abstand (ca. 60 m) bis an die Bestandsleitung heran.

Innerhalb des verfahrensgegenständlichen Abschnitts ist geplant, zwischen der UA Osterath und der UA Rommerskirchen (Länge ca. 28,8 km) die bestehenden Höchstspannungsfreileitungen

- 110-/220-/380-kV-Höchstspannungsfreileitung Gohrpunkt – Osterath (Bl. 4588),
- 110-/220-/380-kV-Höchstspannungsfreileitung Rommerskirchen – Osterath (Bl. 4570),
- 380-kV-Höchstspannungsfreileitung Osterath – Gohrpunkt (Bl. 4206)
- und 380-kV-Höchstspannungsfreileitung Gohrpunkt – Rommerskirchen (Bl. 4207),

für die Umsetzung des antragsgegenständlichen Vorhabens zu nutzen. Dafür soll ein bestehender Drehstromkreis zukünftig als ± 380 -kV Gleichstromkreis betrieben und die dafür notwendigen technischen Anpassungen vorgenommen werden (vgl. Register 1, Kapitel 4.2.).

Zur Integration der geplanten Gleichstromverbindung in das bestehende 380-kV-Höchstspannungsnetz (Drehstrom) ist eine Konverterstation am Anfang und Ende des Gesamtvorhabens „Osterath – Philippsburg; Gleichstrom“ erforderlich. Für die Anbindung des Konverters an den NVP ist der Neubau einer 380-kV-Höchstspannungsfreileitung UA Osterath – Konverter Meerbusch (Bl. 4688), zwischen UA Osterath und Konverter (Länge ca. 0,7 km) geplant. Die Konverterstation Meerbusch selbst ist nicht Gegenstand des antragsgegenständlichen Vorhabens.

Ganz im Süden der Leitungstrasse werden zur Umgehung der UA Rommerskirchen zwei Maste mit Spannungsfeld neu errichtet (Länge ca. 0,4 km).

Eine detaillierte Beschreibung des Vorhabens ist im Erläuterungsbericht (Register 1) enthalten.

2.2 Beschreibung und Beurteilung des derzeitigen Zustandes

Der Abschnitt Osterath - Rommerskirchen liegt vollständig in NRW. Der überwiegende Teil des Abschnittes liegt im Rhein-Kreis Neuss, im Norden befindet sich der Kreis Viersen sowie ganz im Süden der Rhein-Erft-Kreis. Innerhalb dieser Kreise liegt auch der 500 m-Untersuchungsraum für das Schutzgut „Menschen, insbesondere die menschliche Gesundheit“ (vgl. Register 17, Kapitel 5.1).

Innerhalb des 500 m-Untersuchungsraums befinden sich Siedlungsflächen folgender Städte und Gemeinden:

- Meerbusch
- Kaarst
- Neuss
- Grevenbroich
- Rommerskirchen
- Pulheim

Die Städte Willich, Dormagen und Bergheim liegen zwar im Bereich des 500 m-Untersuchungsraumes, jedoch befinden sich hier keine Siedlungsflächen, die zu berücksichtigen sind (vgl. auch Tabelle 4).

Im Rahmen der Erstellung der Unterlagen gemäß § 8 NABEG wurde die Bauleitplanung inklusive in Aufstellung befindlicher Pläne und Entwürfe abgefragt und entsprechend berücksichtigt. Im Rahmen der Erstellung der Planfeststellungsunterlagen wurde die Abfrage erneuert.

Hierzu wurden die Geodatenportale der Städte und Gemeinden hinsichtlich der dort eingestellten Bauleitplanverfahren (FNP / B-Pläne) gesichtet.

Tabelle 2: Abgerufene Links der Geoportale der Städte und Gemeinden

Stadt/Gemeinde	Link zum Geoportal
Willich	https://geoportal-niederrhein.de/Verband/
Meerbusch	https://www.o-sp.de/meerbusch/karte
Kaarst	https://www.o-sp.de/kaarst/karte
Neuss	https://www.neuss.de/leben/stadtplanung/bauleitplanung/interaktive-bauleitplanuebersicht
Grevenbroich	https://www.o-sp.de/grevenbroich/rechtskraft.php
Dormagen	https://www.o-sp.de/dormagen/karte
Rommerskirchen	https://www.o-sp.de/rommerskirchen/karte

Stadt/Gemeinde	Link zum Geoportal
Pulheim	https://www.o-sp.de/pulheim/karte
Bergheim	https://www.o-sp.de/bergheim/karte.php

Darüber hinaus wurden die Kommunen angeschrieben, ob darüber hinaus weitere (aktuelle) Planungen zu berücksichtigen sind, die noch nicht Eingang ins Geodatenportal gefunden haben.

Tabelle 3: Übersicht der Abfrage der Städte und Gemeinden bzgl. aktueller Flächennutzungspläne und Bebauungspläne

Stadt/Gemeinde	Anfrage	Antwort	Daten
Willich	11.01.2023	01.02.2023	keine weiteren Daten
Meerbusch	11.01.2023	16.01.2023	keine weiteren Daten
Kaarst	11.01.2023	12.01.2023	keine weiteren Daten
Neuss	11.01.2023	06.02.2023	Hinweis auf 12. Änderung des Regionalplans Düsseldorf (RPD)
Grevenbroich	11.01.2023	25.01.2023	keine weiteren Daten, Hinweis auf 27. FNP-Änderung "Steuerung der Windenergie" und 33. FNP-Änderung "Lohweg"
Dormagen	11.01.2023	01.02.2023	keine weiteren Daten, Hinweis auf Bereiche mit Windenergieanlagen
Rommerskirchen	11.01.2023	12.01.2023	keine weiteren Daten
Pulheim	11.01.2023	24.01.2023	keine weiteren Daten
Bergheim	11.01.2023	02.02.2023	keine weiteren Daten, Hinweis auf Bereiche mit Windenergieanlagen

Bei der Bestandserfassung im Schutzgutkapitel „Menschen, insbesondere die menschliche Gesundheit“ des UVP-Berichts (vgl. Register 17, Kapitel 5.1) wurden die Flächennutzungs- und Bebauungspläne der vorstehend genannten Gemeinden und Städte aufgenommen.

Entlang des Vorhabens befinden sich Wohnsiedlungsflächen (Wohngebiete, Misch- und Dorfgebiete) zum Teil innerhalb des Untersuchungsraums (UR) und auch Wohngebäude im Innenbereich in einer geringeren Entfernung als 400 m.

Dazu gehören die in Tabelle 4 aufgeführten Wohnsiedlungsflächen von Meerbusch (Ortsteil Osterath), von Kaarst (Ortsteile Kleinsiep, Stakerseite / Hinterfeld, Holzbüttgen), von Neuss (Ortsteile Vogelsang, Furth-Nord, Morgensternsheide, Stadionviertel, Holzheim, Reuschenberg, Weckhoven, Hoisten sowie Speck/Wehl/Helpenstein), von Grevenbroich (Ortsteil Neukirchen) sowie der Gemeinde Rommerskirchen (Ortsteil Frixheim-Anstel), die jeweils einen Abstand von weniger als 400 m zu dem verfahrensgegenständlichen Vorhaben aufweisen. In einem Abstand von 400 bis 500 m von der geplanten Trasse des Vorhabens befinden sich die Ortsteile Westfeld, Pomona und Speck / Wehl / Helpenstein. Wohnsiedlungsflächen der Städte Willich, Dormagen und Bergheim liegen nicht innerhalb des UR.

Die Unterschreitungen des 400 m-Abstandes zu Wohngebäuden im Innenbereich führen jedoch nicht zu Konflikten mit den Vorgaben des LEP NRW, da für das Vorhaben in diesen Bereichen ausschließlich Bestandsleitungen und –trassen genutzt werden. Im Bereich des kurzen Neubauschnitts zur Anbindung des Konverters an den NVP (Bl. 4688) kommt es nicht zur Unterschreitung des o.g. 400 m Abstandes zu Wohnsiedlungsflächen; das Gleiche gilt für den Bereich der Umgehung der UA Rommerskirchen.

Tabelle 4: Städte und Gemeinden entlang der Trasse mit Wohnsiedlungsflächen (Wohnbaufläche, Flächen gemischter Nutzung) im Innenbereich

Gemeinde	Ortsteil	Abstand zur Trassenachse
Meerbusch	Osterath	ca. 360 m
Kaarst	Kleinsiep	0 m
Kaarst	Stakerseite/Hinterfeld	ca. 40 m
Kaarst	Holzbüttgen	ca. 310 m
Neuss	Vogelsang	ca. 330 m
Neuss	Furth-Nord	ca. 220 m
Neuss	Morgensternsheide	ca. 120 m
Neuss	Stadionviertel	ca. 90 m
Neuss	Reuschenberg	0 m
Neuss	Holzheim	ca. 180 m
Neuss	Weckhoven	0 m
Neuss	Hoisten	ca. 240 m
Neuss	Speck/Wehl/Helpenstein	ca. 430 m
Grevenbroich	Neukirchen	ca. 10 m
Rommerskirchen	Frixheim - Anstel	ca. 200 m

Im Bereich des UR gibt es drei Windparks / Standorte mit Windenergieanlagen. Diese befinden sich südlich von Hoisten (Stadtteil von Neuss), süd-westlich vom zur Stadt Dormagen gehörenden Ortsteil Broich (Windpark Broich mit unmittelbar angrenzendem Solarpark) und östlich der UA Rommerskirchen (Windpark Rommerskirchen).

2.3 Potenzielle Konflikte des Vorhabens mit der Bauleitplanung

Das Vorhaben wird überwiegend in bestehenden Trassen der Leitungen

- 110-/220-/380-kV-Höchstspannungsfreileitung Gohrpunkt – Osterath (Bl. 4588),
- 110-/220-/380-kV-Höchstspannungsfreileitung Rommerskirchen – Osterath (Bl. 4570),
- 380-kV-Höchstspannungsfreileitung Osterath – Gohrpunkt (Bl. 4206)
- und 380-kV-Höchstspannungsfreileitung Gohrpunkt – Rommerskirchen (Bl. 4207),

realisiert. Insofern werden durch das Vorhaben, auch bei Unterschreitung des 400 m-Abstandes zur geschlossenen Wohnbebauung der Städte Meerbusch, Kaarst, Neuss, Grevenbroich sowie der Gemeinde Rommerskirchen, selbst keine Konflikte mit den Flächennutzungs- und Bebauungsplänen ausgelöst, da sich im Vergleich zur bestehenden Situation keine Änderungen hinsichtlich der Abstände ergeben.

Im Bereich der Neubauleitung (Bl. 4688) östlich der UA Osterath sowie des kurzen Neubauabschnittes ganz im Süden im Bereich der Umgehung der UA Rommerskirchen, reichen keine vorhandenen Wohnbauflächen näher als 400 m an die Leitungstrasse heran. Relevante Konflikte sind daher für diesen Aspekt auch im Bereich der Neubauabschnitte des Vorhabens nicht gegeben.

Zur Beurteilung möglicher Konflikte des Vorhabens sind daher nur die beiden Neubauabschnitte auf möglich Konflikte mit sich im Verfahren befindlichen Bauleitplänen zu untersuchen.

In den folgenden Unterkapiteln erfolgt eine Betrachtung bekannter bauleitplanerischer Verfahren bzw. städtebaulicher Planungen, basierend auf den in Tabelle 2 und Tabelle 3 abgefragten Informationen.

2.3.1 Ausweisung von neuen Wohnbauflächen (FNP-Änderungen / B-Plan-Verfahren)

In Register 17, dortiges Kapitel 5.1.4.1, erfolgte eine Auswertung vorhandener bzw. im Verfahren befindlicher Flächennutzungspläne und Bebauungspläne.

Durch das gegenständliche Vorhaben werden keine Konflikte mit Bauleitplanverfahren (FNP-Änderungen bzw. B-Plan-Verfahren) ausgelöst, da das Vorhaben überwiegend in bestehenden Trassen geplant wird und die geplanten Wohnbauflächen einen Abstand von mehr als 400 m zur Leitungstrasse aufweisen. So beträgt der Abstand der geplanten Wohnbauflächen des **B-Planes Nr. 473 „Hoisten, Schluchtenhausstraße“ der Stadt Neuss (FNP-Änderung Nr. 133)** ca. 430 m zur Leitungstrasse (vgl. Abbildung 1). Der Abstand des Geltungsbereiches der im Verfahren befindlichen **33. Änderung des FNP der Stadt Grevenbroich**, die Wohnbauflächen mit einer großzügigen Ortsrandeingrünung planungsrechtlich vorbereitet beträgt ca. 445 m (vgl. Abbildung 2).

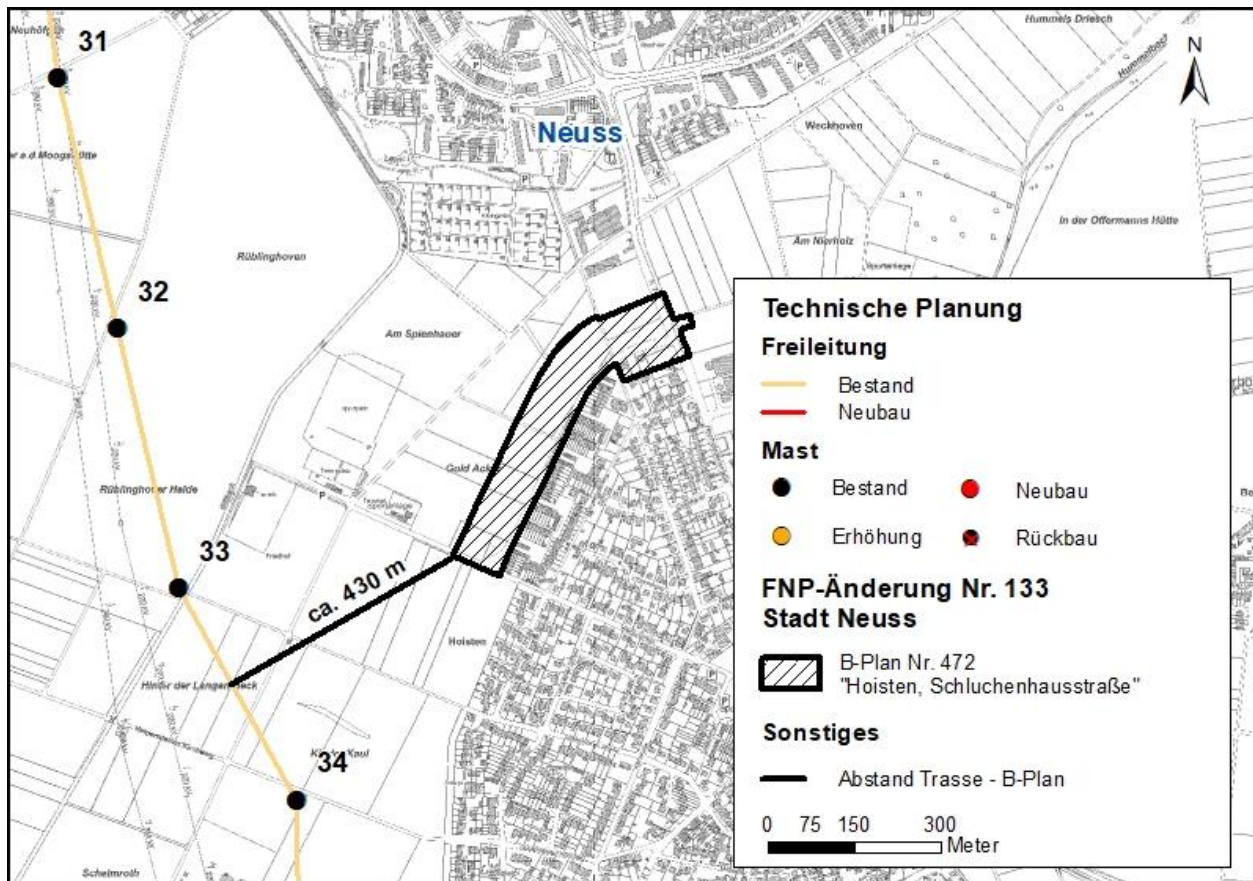


Abbildung 1: Stadt Neuss – Geltungsbereich B-Plan Nr. 473 „Hoisten, Schluchenhausstraße“ (FNP-Änderung Nr. 133)

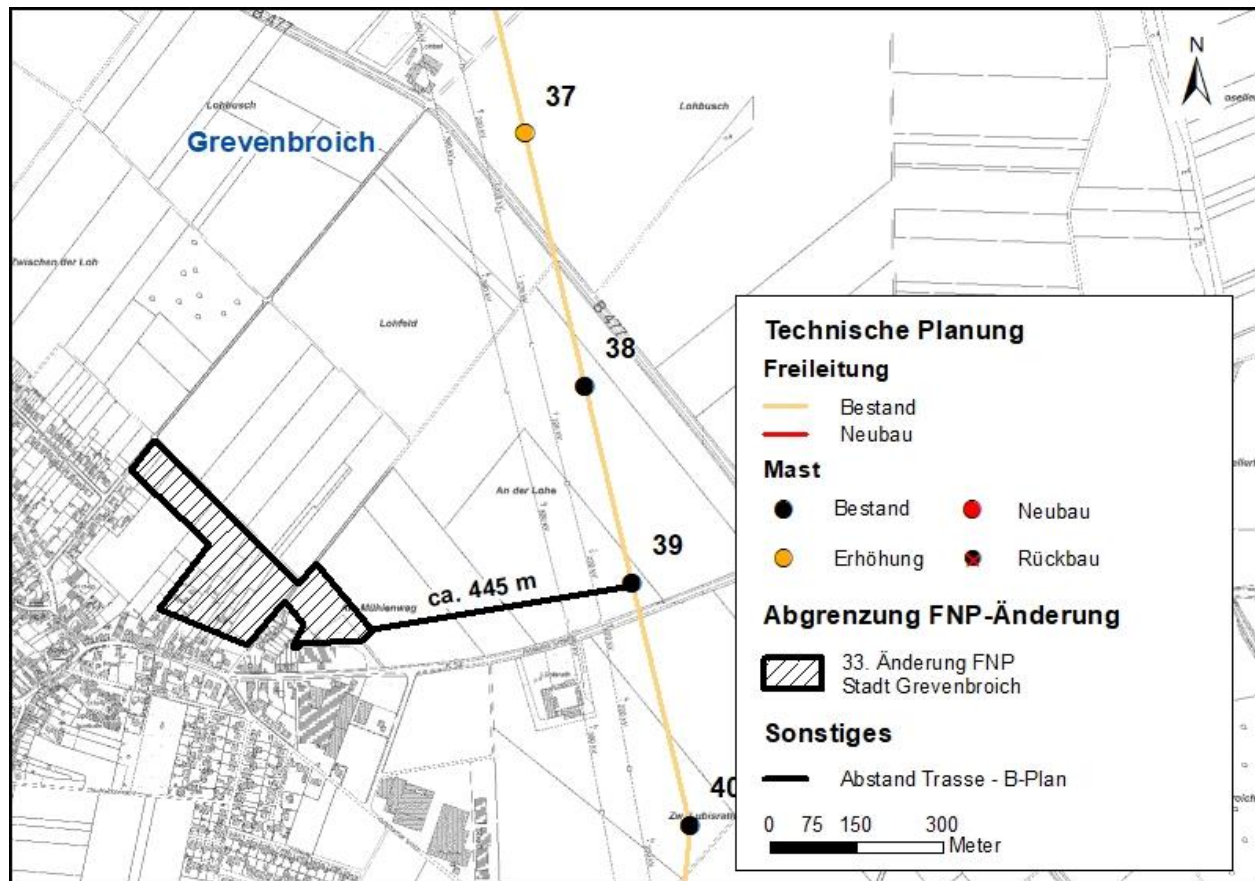


Abbildung 2: Stadt Grevenbroich – Geltungsbereich der 33. Änderung des FNP

In den Fällen, in denen das Vorhaben keine bestehenden Trassen nutzt, befinden sich Wohnbauflächen in einen Abstand von mindestens 400 m zur Leitungstrasse.

Weitere Bauleitplanverfahren weisen entweder Einzelhandel oder gewerbliche Nutzungen aus bzw. setzen diese fest. Hierbei handelt es sich nicht um Wohngebäude oder Anlagen vergleichbarer Sensibilität, so dass keine Abstände zu Freileitungen zu berücksichtigen sind und keine Konflikte mit der geplanten Trasse des Vorhabens hervorgerufen werden können.

2.3.2 Ausweisung von Windenergiekonzentrationszonen (FNP / FNP-Änderungen)

2.3.2.1 FNP der Kreisstadt Bergheim (rechtskräftig)

Durch das gegenständliche Vorhaben wird kein Konflikt mit der im Flächennutzungsplan der Stadt Bergheim dargestellten Konzentrationszone für Windenergie ausgelöst.

Im Rahmen der Änderung der 380-kV-Höchstspannungsfreileitung Gohrpunkt – Rommerskirchen (Bl. 4207) werden im Bereich der UA Rommerskirchen zwei neue Masten (Nr. 29A und Nr. 29B) mit den zugehörigen Spannungsfeldern in neuer Trasse errichtet. In Bezug auf den geplanten Neubau von Mast Nr. 29A kommt es zu einer Berührung des geplanten Trassenverlaufs mit einer im Flächennutzungsplan der Stadt Bergheim dargestellten Konzentrationszone für Windenergie im Sinne von § 35 Abs. 3 S. 3 BauGB. Eine Optimierung der Trassenführung im Bereich der Konzentrationszone in der Form, dass diese die Konzentrationszone nicht berührt, ist aufgrund der Anforderlichkeit zur Einhaltung der technischen Regelwerke (vgl. Register 1, Kapitel 5.1) bei Errichtung und Betrieb des Vorhabens nicht möglich.

Der Neubau von Mast Nr. 29A ist unter städtebaulichen Gesichtspunkten mit den Darstellungen des Flächennutzungsplans vereinbar. Einschränkungen für die Konzentrationszone sind nicht gegeben.

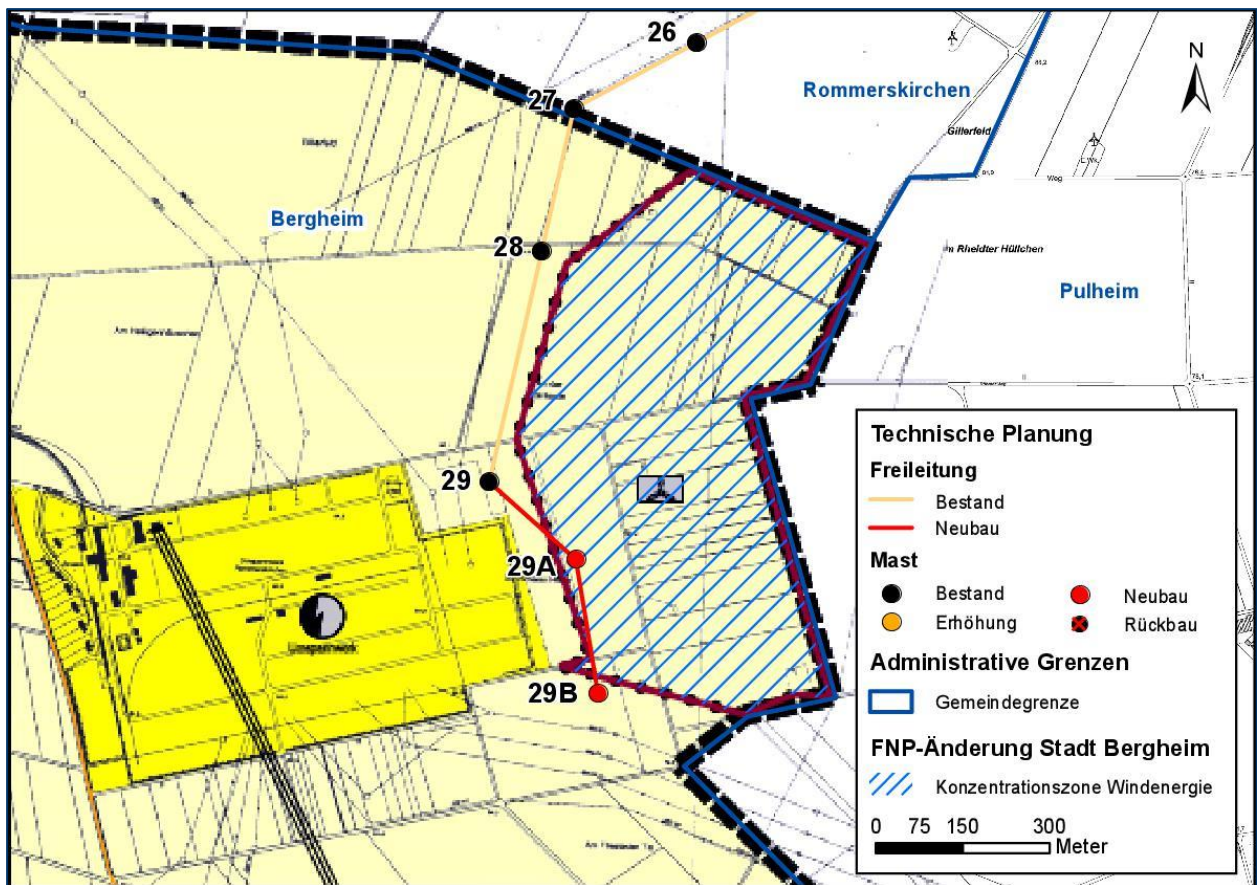


Abbildung 3: Ausschnitt aus dem FNP der Kreisstadt Bergheim (rechtskräftig)

Dazu ist folgendes festzustellen: Die Vorhabenträgerin hat sich mit der Stadt Bergheim und der Planungsträgerin der Windenergieanlagen (JUWI GmbH; Bauherr MVV Windenergie GmbH) Anfang 2023 abgestimmt. Der Rotordurchmesser der geplanten Windenergieanlagen (Repowering) beträgt 158 m. Bei der Planung wird der vorgeschriebene Mindestabstand gemäß DIN EN 50341-2-4 (vgl. Kapitel 1.4) eingehalten. Der Rotordurchmesser der bestehenden, zukünftig abzubauenen, Windenergieanlage beträgt 150 m. Auch hier wird der vorgeschriebene Mindestabstand gemäß DIN EN 50341-2-4 eingehalten.

2.3.2.2 27. FNP-Änderung der Stadt Grevenbroich (im Verfahren)

Durch das gegenständliche Vorhaben wird kein Konflikt mit der 27. FNP-Änderung der Stadt Grevenbroich ausgelöst.

Die 27. FNP-Änderung der Stadt Grevenbroich (im Verfahren; am 17.08.2023 erfolgte ein erneuter Aufstellungsbeschluss gem. § 2 (1) BauGB und ein Beschluss gem. § 6 BauGB durch den Rat der Stadt Grevenbroich) hat die Ausweisung potenzieller weiterer Konzentrationszonen für Windenergie zum Inhalt.

Die Teilfläche 2 liegt südlich von Hoisten in einem Abstand von ca. 214 m zum geplanten Vorhaben (vgl. Abbildung 4). In diesem Bereich wird das Vorhaben in bestehender Trasse der Bl. 4206 umgesetzt, Mast Nr. 37 wird erhöht. Sowohl Schutzstreifen als auch die Lage des äußersten Leiterseil der Freileitung werden durch das gegenständliche Vorhaben nicht verändert, sie bleiben bestehen.

Die Vorhabenträgerin wurde bei dem Verfahren zur 27. FNP-Änderung durch die Stadt Grevenbroich beteiligt. Eine Stellungnahme seitens Amprion aus dem Jahr 2022, mit Auflistung zu beachtender Informationen (vgl. Kapitel 1.4), liegt vor. Amprion äußert gegen die Planung grundsätzlich keine Bedenken.

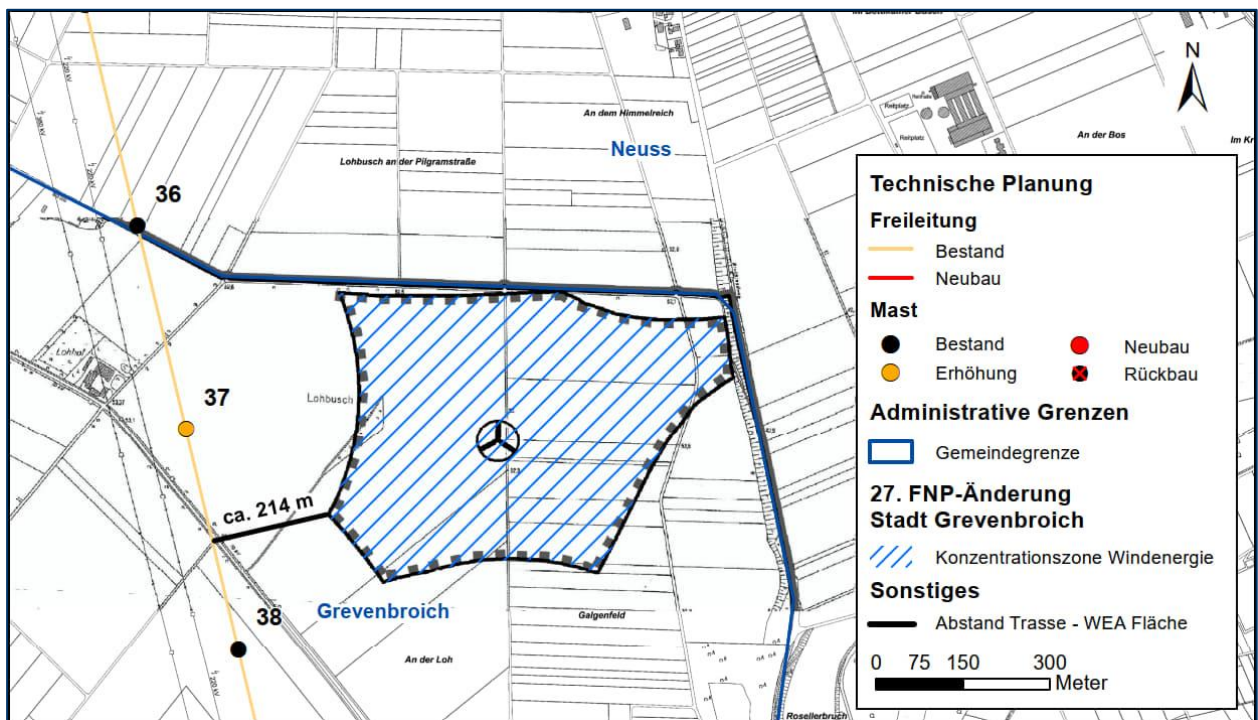


Abbildung 4: Teilfläche 2 der 27. FNP-Änderung der Stadt Grevenbroich (im Verfahren)

2.3.2.3 47. Änderung des FNP der Gemeinde Rommerskirchen (im Verfahren)

Durch das gegenständliche Vorhaben wird kein Konflikt mit der 47. Änderung des FNP der Gemeinde Rommerskirchen ausgelöst.

Die 47. Änderung des FNP der Gemeinde Rommerskirchen (im Verfahren, Satzungsbeschluss gem. § 10 (1) BauGB vom 14.12.2017) hat die Ausweisung von „Konzentrationsflächen für Windenergie“ zum Inhalt.

Die Fläche 3 „Butzheim“ liegt östlich und westlich der Leitungstrasse östlich der Ortsteile Frixheim und Butzheim (vgl. Abbildung 5). In diesem Bereich wird das Vorhaben in bestehender Trasse der Bl. 4207 umgesetzt, einzelne Masten werden erhöht. Sowohl Schutzstreifen als auch die Lage des äußersten Leiterseil der Freileitung werden durch das gegenständliche Vorhaben nicht verändert, sie bleiben bestehen.

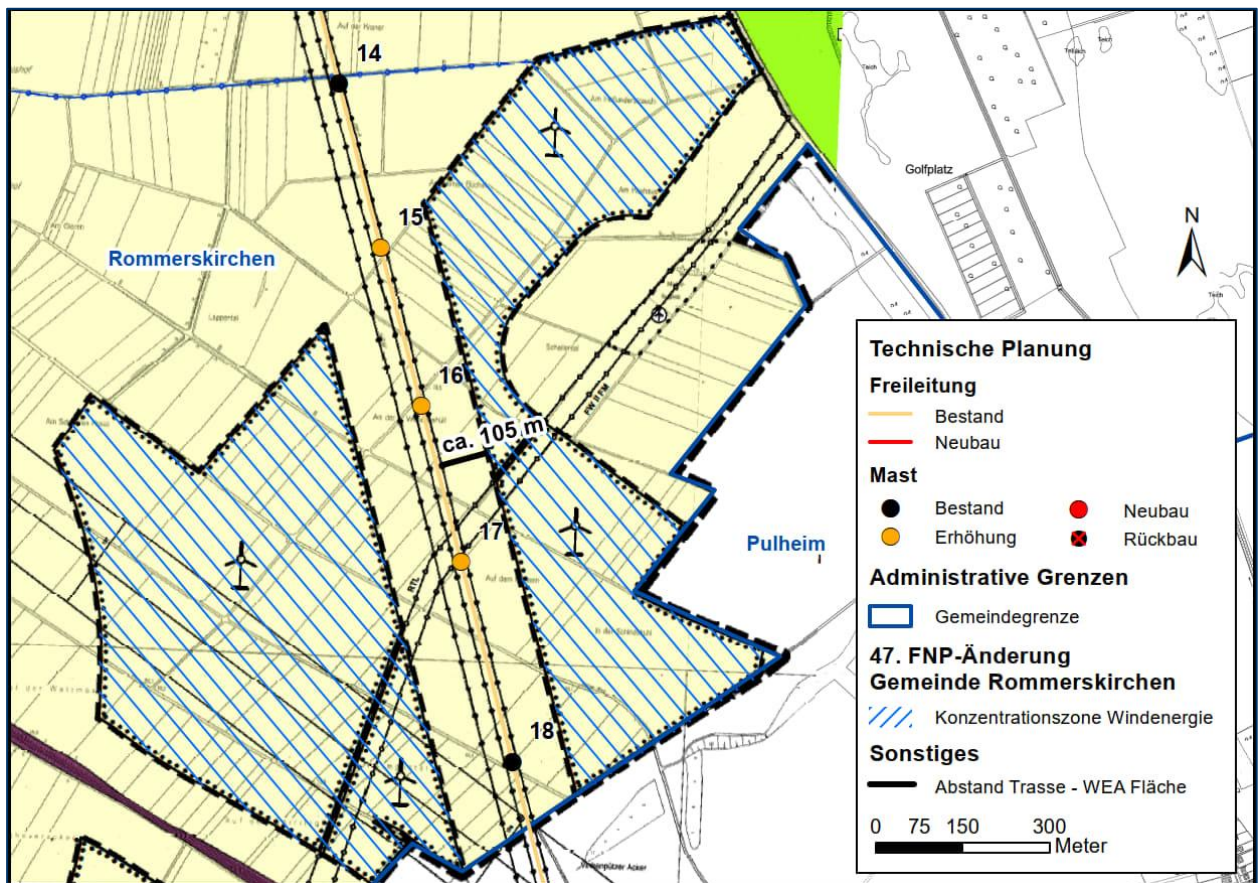


Abbildung 5: Fläche 3 „Butzheim“ der 47. Änderung des FNP der Gemeinde Rommerskirchen (im Verfahren)

Die Fläche 4 „Gill“ befindet sich in einem Abstand von ca. 140 m zur Leitungsmittellinie (vgl. Abbildung 6). In diesem Bereich wird das Vorhaben in bestehender Trasse der Bl. 4207 umgesetzt, einzelne Masten werden erhöht. Sowohl Schutzstreifen als auch die Lage des äußersten Leiters der Freileitung werden durch das gegenständliche Vorhaben nicht verändert, sie bleiben bestehen.

Die Vorhabenträgerin wurde bei dem Verfahren zur 47. FNP-Änderung durch die Gemeinde Rommerskirchen beteiligt. Eine Stellungnahme seitens Amprion aus dem Jahr 2017 liegt vor, mit Auflistung zu beachtender Informationen (vgl. Kapitel 1.4). Amprion äußert gegen die Planung grundsätzlich keine Bedenken.

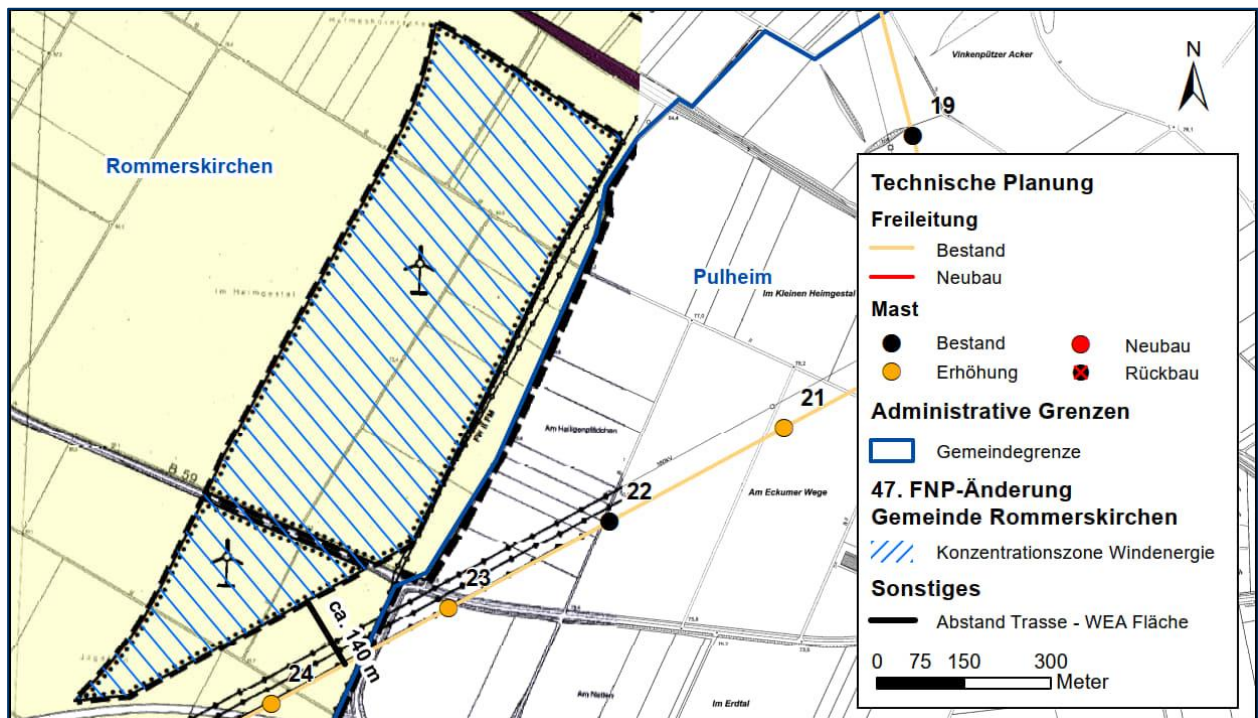


Abbildung 6: Ausschnitt Fläche 4 „Gill“ der 47. Änderung des FNP der Gemeinde Rommerskirchen (im Verfahren)

2.3.2.4 Flächennutzungsplan Nr. 20.0 der Stadt Pulheim (Änderung im Verfahren)

Durch das gegenständliche Vorhaben wird kein Konflikt mit der Änderung des FNP Nr. 20.0 der Stadt Pulheim ausgelöst.

Der Aufstellungsbeschluss der FNP-Änderung datiert auf den 06.10.2021 bzw. 01.12.2021. Der Flächennutzungsplan Nr. 20.0 der Stadt Pulheim stellt im Bereich des geplanten Vorhabens eine Windenergiekonzentrationszone dar.

In diesem Bereich wird das Vorhaben in bestehender Trasse der Bl. 4207 umgesetzt, einzelne Masten werden erhöht. Sowohl Schutzstreifen als auch die Lage des äußersten Leiterseil der Freileitung werden durch das gegenständliche Vorhaben nicht verändert, sie bleiben bestehen. Die Hinweise betreffend die technischen Grundlagen (vgl. Kapitel 1.4) sind bei der Ausgestaltung der Änderung zu beachten.

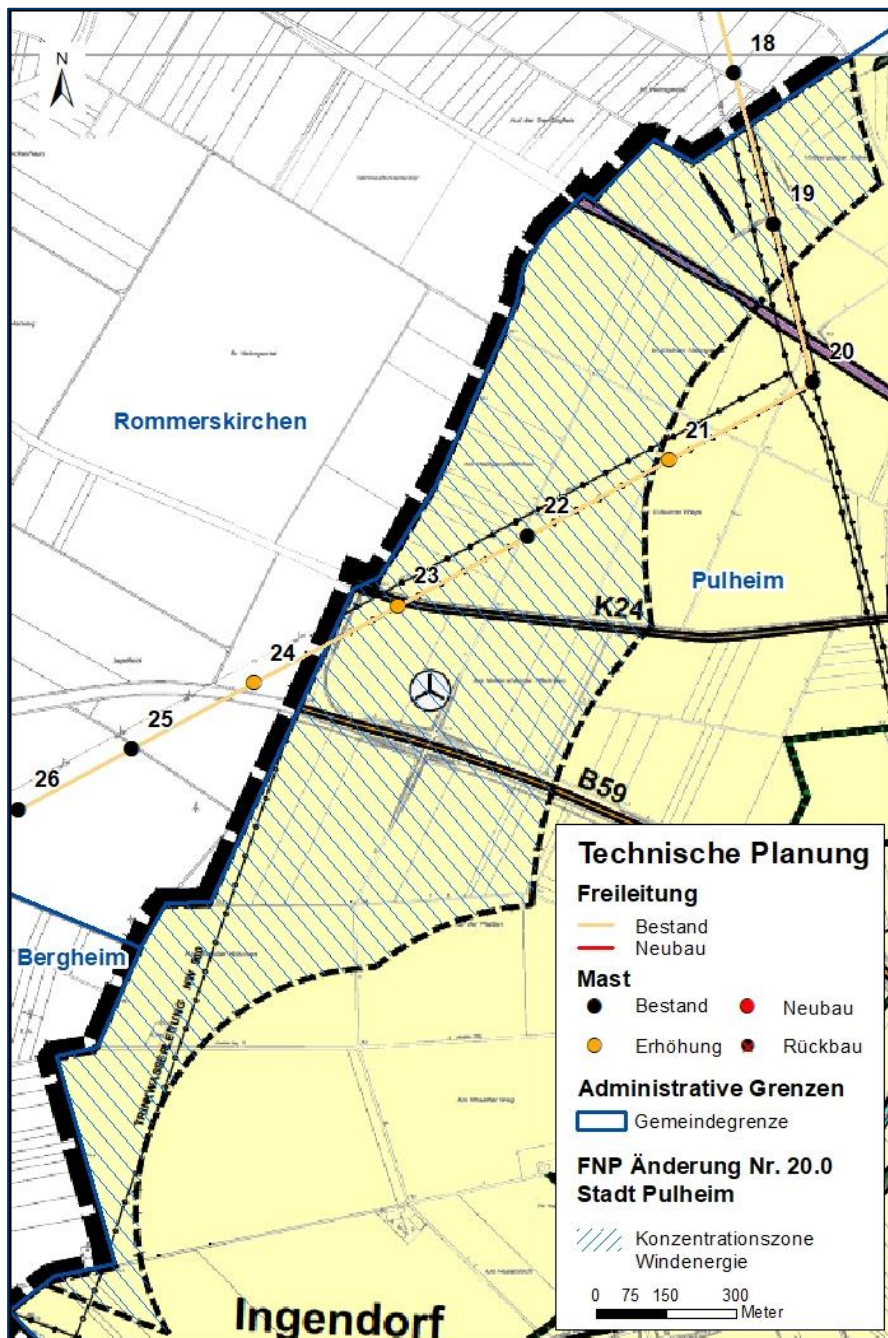


Abbildung 7: Ausschnitt aus dem Flächennutzungsplan Nr. 20.0 der Stadt Pulheim (Änderung im Verfahren)

2.3.3 Abgrabungskonzentrationszonen für Kiese und Sande

Die **146. Änderung des Flächennutzungsplanes der Kreisstadt Bergheim (im Verfahren)** hat das Ziel, die planungsrechtlichen Voraussetzungen zur Steuerung der Abgrabung von Kiesen und Sanden im Außenbereich zu schaffen. Diese Änderung betrifft das gesamte Stadtgebiet der Stadt Bergheim, eine Kartendarstellung konnte auf Anfrage bei der Stadt Bergheim nicht zur Verfügung gestellt werden. Der Aufstellungsbeschluss gem. § 2 (1) BauGB ist datiert auf den 23.09.2019.

Alle angedachten Flächen der Abgrabungskonzentrationszonen für Kiese und Sande liegen gem. Angaben der Stadt Bergheim (E-Mail vom 21.02.23) weit entfernt von der geplanten Trasse des Vorhabens. Daher sind keine Konflikte mit der 146. FNP-Änderung der Stadt Bergheim zu erwarten.

2.3.4 §§ 34/35 BauGB (Innen-/Außenbereich):

Satzungen nach § 34 Abs. 4 und § 35 Abs. 6 BauGB unterliegen eigenständigen Regelungen und stellen neben der Bauleitplanung eigenständige Instrumente städtebaulicher Planung für den Innen- und Außenbereich dar. Sie können unter den Voraussetzungen der §§ 34 Abs. 5 und 6 und 35 Abs. 6 BauGB erlassen werden. Dabei sind vorhandene Flächennutzungspläne, Bebauungspläne und Regionalpläne zu berücksichtigen. Die vom Vorhaben genutzten Bestandstrassen sind in den Regionalplänen dargestellt. Diese Ziele der Raumordnung entfalten Bindung auch gegenüber derartigen Satzungen, und zwar über das Kriterium der geordneten städtebaulichen Entwicklung (§ 34 Abs. 5 S. 1 Nr. 1 und § 35 Abs. 6 S. 4 Nr. 1 BauGB), welches auch die Ziele der Raumordnung beinhaltet, sowie über § 4 Abs. 1 Nr. 1 ROG hinaus. Entgegenstehende Ziele der Raumordnung können mithin durch die städtebaulichen Satzungen nicht überwunden werden. Sie können gegebene raumordnerisch ausgewiesene Flächennutzungen weder ändern noch deren Änderung als Ziel beinhalten.

Der kurze Leitungsneubauabschnitt im Norden zur Anbindung an den Konverter liegt im Bereich „Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich“ (z.T. überlagernd mit Bereich für „Grundwasser- und Gewässerschutz“), der kurze Neubauabschnitt zur Umgehung der UA Rommerskirchen liegt z.T. im „Allgemeinen Freiraum- und Agrarbereich“, z.T. im Bereich für „gewerbliche und industrielle Nutzung“. Das Vorhaben widerspricht nicht den raumordnerisch ausgewiesenen Flächennutzungen.

2.3.5 Sonstige Satzungen nach BauGB:

Sonstige Satzungen nach BauGB (abgesehen von Innen- und Außenbereichssatzungen) beschäftigen sich mit Inhalten, die von ihrem Wesen her durch das geplante Vorhaben nicht betroffen sind, wie z.B. die Vorkaufssatzung, die Ortsbildsatzungen oder die Milieuschutzsatzung. Eine Berücksichtigung der sonstigen Satzungen der einzelnen betroffenen Gemeinden ist daher nicht erforderlich.

Da das Vorhaben nahezu ausschließlich bestehende Trassen nutzt, werden durch das Vorhaben weder wesentliche Teile eines Gemeindegebietes einer durchsetzbaren gemeindlichen Planung entzogen noch kommunale Einrichtungen erheblich beeinträchtigt. Dies gilt auch für die beschriebenen kurzen Neubauabschnitte.

2.3.6 Sonstige städtebauliche Planungen:

Sonstige städtebauliche Planungen wurden der Vorhabenträgerin im Rahmen der durchgeführten Abfragen von Flächennutzungs- und Bebauungsplänen bei den in Betracht kommenden Gemeinden nicht übermittelt. Weiterhin ist davon auszugehen, dass etwaige sonstige städtebauliche Planungen durch das Vorhaben nicht betroffen sind, da für das Vorhaben nahezu ausschließlich bestehende Trassen genutzt werden. Auch für die beiden kurzen Neubauabschnitte werden keine Konflikte erwartet, da das Vorhaben den Kommunen durch die Bundesfachplanung bekannt ist und die Kommunen in dem Verfahren zur Bundesfachplanung bzw. dem Verfahren gemäß §19 NABEG beteiligt wurden.

3 Literatur

BauGB Baugesetzbuch vom 23. Juni 1960, neugefasst durch Bek. vom 3. November 2017 (BGBl. I S. 3634), zuletzt geändert durch Art. 2 G v. 8. August 2020 (BGBl. I S. 1728)

LEP NRW, 2019 Landesentwicklungsplan Nordrhein-Westfalen, am 6. August 2019 in Kraft getreten, Textliche Ausführung, Kartendarstellung siehe LEP NRW 2017